

# Medienmitteilung

18.08.2020

## **NEIN zu Vaterschaftsurlaub und Begrenzungsinitiative**

**Der Arbeitgeberverband Basel sagt klar NEIN zur Einführung eines staatlich bezahlten Vaterschaftsurlaubs. Auch die «Begrenzungsinitiative» sowie die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten) lehnt der Verband ab. Er befürwortet hingegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.**

Der Vorstand des Arbeitgeberverbands Basel spricht sich klar gegen die Einführung eines staatlich bezahlten Vaterschaftsurlaubs aus. Gerade in der aktuell wegen Corona finanziell angespannten Lage ist die Schaffung einer zusätzlichen Sozialversicherung nicht zu verantworten. Die Sozialversicherungskosten würden weiter steigen – und das obwohl sich unsere bereits bestehenden Sozialwerke wie AHV und Co. in einer dramatischen finanziellen Schieflage befinden. Die direkten Folgen des Vaterschaftsurlaubs wären weniger Lohn für alle Angestellten durch höhere Lohnabzüge, mehr staatliche Ausgaben, zusätzliche Bürokratie für die Arbeitgeber und höhere Produktionskosten. Viele Firmen gewähren schon heute bezahlten Vaterschaftsurlaub und nutzen dieses Argument auf dem Rekrutierungsmarkt. Dies zeigt: Eine vom Staat verordnete Einheitslösung ist der falsche Weg. Die Arbeitgeber müssen auf betrieblicher oder allenfalls sozialpartnerschaftlicher Ebene Vereinbarungen treffen können.

Kommt hinzu, dass ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub bloss ein teures und wirkungsloses Etappenziel wäre; denn bereits stehen Forderungen nach einer mehrwöchigen Elternzeit zur Debatte.

Der Arbeitgeberverband Basel sagt auch klar NEIN zur radikalen «Begrenzungsinitiative». Stabile vertragliche Beziehungen zur EU sind nötig, da diese mit Abstand die wichtigste Handelspartnerin der Schweiz ist. Die bilateralen Verträge sichern den Marktzugang, schaffen Rechts-, Planungs- sowie Investitionssicherheit. Die Initiative würde ein relativ gut funktionierendes Vertragssystem vernichten.

Der Verband lehnt ausserdem die Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer ab. Danach dürften Eltern, die ihre Kinder extern betreuen lassen, künftig bis zu CHF 25'000 bei der direkten Bundessteuer abziehen. Zudem soll der allgemeine

Kinderabzug von CHF 6'500 auf 10'000 angehoben werden. Abzüge für Drittbetreuungskosten sind grundsätzlich zu begrüssen. Mit dieser massiven Erhöhung fällt aber für gutverdienende Doppelverdiener-Paare der Anreiz für einen Zweitverdienst weg. Dies ist aus Arbeitgebersicht problematisch, da vielerorts Fachkräftemangel herrscht.

JA sagt der Arbeitgeberverband Basel schliesslich zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Die Armee liefert einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit des Landes. Dass sie über moderne Verteidigungs- und Überwachungsinstrumente verfügt, ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz von grosser Bedeutung.

Zur den weiteren Vorlagen hat der Arbeitgeberverband Basel keine Parolen gefasst.

Weitere Informationen:

*Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel, 061 205 96 00*

*Frank Linhart, Leiter Öffentlichkeitsarbeit Arbeitgeberverband Basel, 061 205 96 06*

## Übersicht Parolen Arbeitgeberverband Basel

### Abstimmungen vom 27. September 2020

Bund:

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»: NEIN
Änderung des Jagdgesetzes: <i>keine Parole</i>
Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten): NEIN
Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie»): NEIN
Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge: JA

Kanton BS:

*keine Vorlagen*

Kanton BL:

Formulierte Gesetzesinitiative «zum Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes»: *keine Parole*

*Der Arbeitgeberverband Basel vertritt die Interessen der Arbeitgeber im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz. Mit über 2'500 Firmenmitgliedern und 20 Verbänden als Kollektivmitglieder ist er einer der grössten regionalen Arbeitgeber-Dachverbände der Schweiz.*